

AUGUST '18 / NR. 3

RUNDBRIEF

INFORMATIONSBULLETIN DER GRÜNEN LUZERN



› THEMA: FAIR-FOOD UND ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT	3
› ABSTIMMUNGEN: KANTON UND STADT LUZERN	11
› INTERNES: VERABSCHIEDUNGEN UND BEGRÜSSUNGEN	20

INHALT

Thema

Fair-Food und Ernährungssouveränität	3
--------------------------------------	---

Bund Abstimmungen

Fair-Food-Initiative	3
Ernährungssouveränität	8
Bundesbeschluss Velo	10

Kanton Luzern

Volksinitiative Bildungsqualität	11
Volksinitiative ÖV	12

Stadt Luzern

Aktuelles aus dem Grossen Stadtrat	13
Städtisches Energiereglement	15

Ortsgruppen

Kriens	16
--------	----

Internes

Portrait, Rückblicke, Begrüssungen, Verabschiedungen	17
--	----

Agenda/Parolen	24
----------------	----

IMPRESSUM

Rundbrief 3/18

Informationsbulletin der

Grünen des Kantons Luzern

Redaktion: Geschäftsleitung Grüne

Druck: SWS Medien AG Print

Gestaltung: Thomas Küng, kuenggrafik.ch

erscheint 4 x jährlich

Auflage: 2400

Inserate: sekretariat@gruene-luzern.ch

Kontakt: Sekretariat Grüne Partei Luzern

Brüggligasse 9, Postfach 7359

6004 Luzern

Tel. 041 360 79 66

Email: sekretariat@gruene-luzern.ch

Web: www.gruene-luzern.ch

Öffnungszeiten:

Mo. – Do. von 9.00 bis 12.00 Uhr.

Titelbild: Fair-Food-Initiative

EDITORIAL

WIR HABEN DIE WAHL...



... nämlich das nächste Mal am 23. September, wenn wir über die «Fair-Food-Initiative» und über die «Initiative für Ernährungssouveränität» entscheiden werden. Diese Ausgabe des Rundbriefes widmet sich in ihrem Schwerpunkt deshalb passend unserer Ernährung. Aber auch über den «Bundesbeschluss über die Velo-, Fuss und Wanderwege» und über die Initiative «Vorwärts mit dem öffentlichen Verkehr» haben wir die Wahl. Auch diese beiden Initiativen vertreten die Grundanliegen der Grünen. Zusätzlich wird die «Initiative für eine hohe Bildungsqualität» – ein weiteres wichtiges Anliegen für uns – an die Urne getragen (und wir hoffen nicht in die Urne). Es verwundert niemanden, dass wir für alle Vorlagen die JA-Parole propagieren. Also weitererzählen, diskutieren und vor allem ... abstimmen!

Trotz weiterer Abstimmungstermine dazwischen, sind wir Grünen intensiv an den Vorbereitungen für die Kantonsratswahlen, welche am 31. März 2019 stattfinden werden. Dafür macht sich die Wahlgruppe an die herausfordernde Arbeit, zu definieren, wie wir uns in der Öffentlichkeit zeigen wollen. Wir haben dazu bereits mehrere kreative Besprechungen durchgeführt und für ein breites Publikum einen Workshop organisiert.

In den Wahlkreisen hat die Suche nach Kandidatinnen und Kandidaten begonnen und die Listen beginnen sich zu füllen. Etwas einfacher geht es in städtischen – etwas schwieriger in den ländlichen Regionen voran. Die Herausforderung ist alle vier Jahre dieselbe: Männer und vor allem auch Frauen zu finden, die sich nicht nur für eine Wahl zur Verfügung stellen, sondern die auch ihren Kopf und ihren Namen zu zeigen bereit sind, um für die Werte der Grünen einstehen. Aber es gibt sie, diese Aushängeschilder!

Und auch für die Regierungsratswahl sind sie da! Es ist eine Freude, dass sich vier ausserordentlich qualifizierte Frauen dieser Wahl stellen werden. Bereits jetzt hat dies ein herrliches mediales Echo ausgelöst.

Damit wir immer eine Wahl haben werden, engagieren sich viele Grüne mit kreativen Ideen, in unzähligen Gesprächen und durch Stunden intensiver Arbeit. An dieser Stelle gebührt allen, die sich einbringen, ob in der Wahlleitung oder als KandidatenInnen, ein grosses und herzliches Dankeschön! Wer auch noch aktiv werden möchte, ist herzlich eingeladen dies zu tun, denn es macht auch Spass!

Fröhliche Grüsse aus dem Präsidium
Hannes Koch

FAIR-FOOD INITIATIVE

FAIR FOOD: EIN KONKRETER UND NÖTIGER WEG HIN ZU MEHR NACHHALTIGKEIT



Die Fair-Food-Initiative will Lebensmittel fördern, die unter ökologischen und nachhaltigen Bedingungen und unter Berücksichtigung des Tierwohls und des fairen Handels produziert werden. Das ist zwingend nötig – und umsetzbar.

Chemisch desinfiziertes Geflügelfleisch aus Tierfabriken, Eier von Legehühnern in Käfighaltung, Rindfleisch von hormonell gedopten Tieren, Getreide und Gemüse aus pestizidbelasteten Monokulturen mit katastrophalen Arbeitsbedingungen – all dies ist bei Produkten, die in die Schweiz importiert werden, noch allzu oft die Realität. Aber auch in der Schweiz besteht noch Handlungsbedarf: Die aktuelle Agrarpolitik setzt Anreize, die dazu führen, dass immer mehr Bauernhöfe aufgeben müssen, und ein Trend zu immer grösseren Mastställen bei Hühnern und Schweinen zu beobachten ist. Zudem werden die Umweltziele in der Schweizer Landwirtschaft nur ungenügend erreicht, besonders bei den Pestiziden und der Artenvielfalt. Regionale, saisonale und ökologisch produzierte Lebensmittel sind sehr beliebt bei den Konsumentinnen und Konsumenten, werden aber ungenügend gefördert: Das wird spätestens dann deutlich, wenn wir Zwiebeln aus China und Kartoffeln aus Israel zuvorderst im Supermarktregal vorfinden, obwohl es sich dabei keineswegs um exotische Produkte handelt.

«FAIR FOOD» IST ZWINGEND NÖTIG FÜR MEHR QUALITÄT, NACHHALTIGKEIT UND FAIRNESS BEI LEBENSMITTELN

Dieser Zustand ist umso stossender, als dass sich die Stimmbevölkerung im September 2017 mit über 80 Prozent Ja-Stimmen zum Gegenvorschlag zur Ernährungs-sicherheitsinitiative dafür ausgesprochen hat, dass der Bund «grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen» sowie «einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln» fördern soll. Diese Grundsätze sind seither im Artikel 104a der Bundesverfassung festgeschrieben. Und drohen dort

als reine Lippenbekenntnisse in Vergessenheit zu geraten. Denn auch die aktuelle Debatte zu einem Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten zeigt klar, dass der Bundesrat nicht im Sinn hat, aus Worten Taten werden zu lassen. Im Gegenteil: Er forciert stattdessen ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay, das der Regenwaldzerstörung und dem Anbau von Gentech-Mais und Gentech-Soja für die gigantische industrielle Massentierhaltung in den Händen der Agrarmultis Vor-schub leistet. Die Bauernfamilien in der Schweiz sind vom Grenzschatzabbau bedroht und werden genauso zum Spielball der Exportindustrie, wie die Familienbetriebe in den Mercosur-Staaten, die um ihre Existenzen kämpfen. Genau aus diesem Grund ist die Fair-Food-Initiative nötiger denn je. Sie schlägt konkrete und gangbare Massnahmen vor, um nachhaltige Handelsbeziehungen zu fördern. Die Fair-Food Initiative will, dass Bundesrat und Parlament endlich handeln. Denn fairer Handel ist der dritte Weg zwischen Abschottung und schrankenlosem Freihandel auf Kosten von Mensch, Tier, Natur und Klima.

KONKRETE UND GANGBARE MASSNAHMEN – FÜR PRODUKTE AUS DER SCHWEIZ UND AUS DEM AUSLAND

Die Fair-Food-Initiative setzt nicht auf Verbote, sondern auf ein neues Anreiz-System. Für die Schweizer Landwirtschaft bedeutet dies, dass die Agrarpolitik 22+ die Weichen stellt, um die ressourcenschonende Landwirtschaft und die Qualitätsstrategie in der ganzen Wertschöpfungskette voranzutreiben.

Auch bei Importen will die Fair-Food-Initiative Qualität und Nachhaltigkeit stärken. Lebensmittel, die direkt konsumiert werden – z.B. Früchte, Gemüse oder Fleisch – sollen nachhaltig produziert werden, sich also an internationalen sozialen und ökologischen Grundsätzen orientieren. Um dies zu erreichen, sollen ausländische Produkte aus nachhaltigen und naturnahen Produktionsbedingungen einen Handelsvorteil erhalten. Das können beispielsweise Importkontingente mit tieferem Zoll sein. Produkte aus tierquälerischer Produktion oder aus ausbeuterischen Arbeitsbedingungen würden demnach nicht weiter mit Handelsanreizen, wie sie heute bestehen, unterstützt. Nicht das Preisdumping auf Kosten von Mensch, Tier und Umwelt soll Erfolg am Markt haben, sondern die Qualität und die Fairness. Die Fair-Food-Initiative versteht sich auch als Taktgeber für eine innovative, auf Qualität und Nachhaltigkeit ausgerichtete Handelspolitik.

Die Zeichen der Zeit sind klar: Der Bundesrat hat internationale Verpflichtungen zu erfüllen, die alle in Richtung Nachhaltigkeit zielen, etwa die Nachhaltigkeitsziele 2030 der UNO (SDG) oder das Klimaabkommen von Paris. Ohne Einbezug der Lebensmittel, die fast einen Drittel unseres ökologischen Fussabdruckes ausmachen, können diese Ziele nicht erreicht werden. Die Fair-Food-Initiative gibt dem Bundesrat die nötigen Instrumente in die Hand.

BESTEHENDES KONTROLLSYSTEM IM LEBENSMITTELSEKTOR FÜR DIE NACHHALTIGKEIT EINSETZEN

Die Forderungen der Fair-Food-Initiative können mit dem bestehenden Kontrollsystem im Lebensmittelbereich umgesetzt werden. Dieses funktioniert beispielsweise bei der Kontrolle der Bio-Produkte seit zwei Jahrzehnten für Inland und Import zuverlässig. Die Initiative sorgt also nicht für zusätzliche Bürokratie – auch wenn dieses Argument von den Initiativgegnern gerne als Schreckgespenst ins Feld geführt wird. Die staatliche Aufsicht und die privatwirtschaftlich organisierte Kontrolle, die bereits heute bestehen, werden sich mit der Fair-Food-Initiative einfach verstärkt auf das Kriterium der Nachhaltigkeit konzentrieren. Für verantwortungsvolle Unternehmen, die wissen, woher ihre Produkte stammen und wie sie produziert werden, bedeutet «Fair Food» also keine zusätzliche Hürde, sondern eine Chance. Diese Chance nehmen die Grossverteiler heute schon wahr und versprechen bessere Tierschutzstandards und mehr Nachhaltigkeit. Das ist im Sinne der Fair-Food-Initiative. Die von der Initiative vorgeschlagenen verbindlichen Zielvereinbarungen unterstützen die Branche, damit Trittbrettfahrer mit systematischem Preisdumping die Qualitätsstrategie nicht laufend untergraben und damit der ganzen Wertschöpfungskette schaden.

NACHHALTIGE IMPORTPRODUKTE STATT UNFAIRE KONKURRENZ DURCH BILLIGIMPORTE

Bio Suisse, der Verband der Bio-Bäuerinnen- und Bio-Bauern, unterstützt die Fair-Food-Initiative. Für sie ist die umwelt- und tierfreundliche Produktion eine globale Verpflichtung, die an Landesgrenzen nicht Halt macht. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Fair-Food-Initiative. Denn es zeigt, dass nicht die Konkurrenz durch Bio-Landwirtschaft in anderen Ländern die lokalen Bio-ProduzentInnen bedroht. Sondern Billigimporte aus Massentierhaltung und riesigen Monokulturen, sowie Saatgutmonopole und die Agrogentechnik-Industrie. Die Fair-Food-Initiative bietet Schweizer Bäuerinnen und Bauern sogar einen zusätzlichen Vorteil, weil sie saisonale und regionale Produkte zusätzlich fördern will. Regionale und saisonale Lebensmittel haben in der Schweiz die grössten Zuwachsraten – auch bei Bio-

Lebensmitteln. Die Bio-Bäuerinnen und -bauern haben also diesbezüglich gegenüber den Importprodukten einen klaren Marktvorteil. Transparenz, Vertrauen, Kundennähe und hohe Qualität sind die Zukunft. Denn von Investitionen in regionale Wirtschaftskreisläufe profitieren alle: Mensch, Tier, Natur und Klima.

In Anbetracht des Klimawandels, der fortschreitenden Zerstörung der natürlichen Ressourcen und der globalen Ungleichheit ist es an der Zeit, dass die Schweiz eine Vorreiterrolle einnimmt und sich verstärkt für die – soziale und ökologische – Nachhaltigkeit im Lebensmittelsektor einsetzt. Die Fair-Food-Initiative schlägt einen gangbaren und konkreten Weg in diese Richtung ein.

Maya Graf
Nationalrätin Grüne

INITIATIVE «FÜR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT»

Die Initiative «für Ernährungssouveränität» wurde von der Bauerngewerkschaft uniterre lanciert und kommt zeitgleich mit der Fair-Food-Initiative am 23. September zur Abstimmung. Die beiden Initiativen sind grundsätzlich verschieden, auch wenn sie in eine ähnliche Richtung zielen. So strebt die Initiative von uniterre einen neuen Ansatz für die Landwirtschaft an, während die Fair-Food-Initiative die Lebensmittel im Fokus hat. Die Initiative von uniterre vertritt Anliegen, die auch für die Grünen zentral sind. Sie fordert unter anderem:

- dass eine bäuerliche Landwirtschaft gestärkt wird, die es allen in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen erlaubt, mit ihrer Arbeit ein langfristig existenzsicherndes Einkommen zu erzielen
- dass das Recht zur Erhaltung, Vermehrung und zum Austausch von bäuerlichem Saatgut vor den Saatgut- und Agrochemie-Unternehmen geschützt wird
- dass eine vielfältige, bäuerliche und gentechnikfreie Landwirtschaft gefördert wird.

Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»



WER BAUT UNSER BIOLOGISCHES GEMÜSE AN?



Es geht hier «nur» um das Gemüse. Fleisch- und Milchwirtschaft streifen wir am Rande. Wie unterschiedlich die landwirtschaftlichen Produktionszweige ausgestaltet sind, wird mir bewusst, als Sebastian sagt: «Und über den Obst- und Rebbau haben wir gar nicht gesprochen».

Sebastian Ineichen Colantuoni bewirtschaftet zusammen mit seiner Frau Cristina den Hof Gmüesmatli in Kastanienbaum. Zum Team gehören ein Praktikant, ein ausgebildeter Bio-Gemüsegärtner sowie Familie und freiwillige HelferInnen. Sebastian ist hier in der Nähe auf einem Bauernhof aufgewachsen, hat danach die Lehre als Biobauer und ein Agronomiestudium absolviert. Einige Zeit arbeitete er auf dem Uelihof. Anfangs 2017 bot sich der jungen Familie die Gelegenheit, den Hof Mattli zu pachten, den sie nun in der zweiten Saison als Bio-Umstellungsbetrieb führt. Nach der zweijährigen Umstellungsphase wird der Hof als ausgewiesener Biobetrieb bewirtschaftet werden.

Die Fair Food-Initiative der Grünen beurteilt er grundsätzlich positiv. Er habe zwar nicht soviel Zeit, wie er gerne möchte, um sich mit den politischen Aspekten auseinanderzusetzen, aber es interessiere ihn, was auf der politischen Ebene läuft. «Eigentlich ist es verwunderlich. Die Landwirtschaft macht knapp 2% des BIP aus, doch gibt es eine grosse Anzahl von Initiativen, die sich mit der Landwirtschaft befassen. Sie hat eben einen hohen emotionalen Stellenwert». Würde die Initiative angenommen, hätte dies möglicherweise eine Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte zur Folge. Aber das wäre nicht unbedingt ein Nachteil, denn es wäre ja auch mit einer Qualitätssteigerung verbunden. Es ist ja auch so, dass die Nachfrage nach biologisch angebautem Gemüse grösser ist als das Angebot. Ein weiteres Gegenargument, das der schwierigen Kontrolle bei ausländischen Produkten, kann Sebastian zwar nachvollziehen. «Doch dass die Kontrolle schwierig ist, ist kein Grund, sie nicht zu fordern.»

Für den eigenen Betrieb sieht Sebastian keine Auswirkungen, wenn die Initiative angenommen wird. Sie arbeiten bereits nach strengen Standards. Er gibt mir einen anschaulichen Einblick in die Produktionsbedingungen auf dem Hof. Dieser ist klein, nur zwei Hektaren gross. Und sie wollen eigene Produkte auf den Markt bringen. Ausnahmsweise ist es manchmal nötig, etwas dazu zu kaufen, wenn ein Engpass besteht; doch das Ziel ist klar, eigenes Gemüse zu vermarkten. Um ein möglichst vielseitiges Angebot zu gewährleisten, sind die Anbauflächen recht kleinräumig, was viel Handarbeit erfordert. Überhaupt sei die grosse Herausforderung ihrer Tätigkeit die Produktion. Biologisches Gemüse marktfähig und in erforderlicher Menge zu produzieren ist nicht ganz einfach, und die Kundschaft ist zwar bewusst und tolerant, aber auch anspruchsvoll.

WAS KOSTET DER SALAT?

Die stadtnahe Lage erlaubt die Direktvermarktung mit dem Hofladen und Gemüse-Abos. Eine Produktion für den Detailhandel käme nicht in Frage. Sebastian hat sich mal erkundigt, wieviel ein Bauer erhält, wenn er für einen Händler produziert: 40 Rappen für einen Salatkopf. «17 Rappen kostet mich schon ein Setzling. Da kann man sich ausrechnen, dass das nicht aufgehen kann». Auch so ist der Hof nicht selbsttragend, zumindest in der jetzigen Aufbauphase, wo auch noch viel investiert werden muss. Alle Mitarbeitenden haben daher auch noch einen Job ausserhalb des Hofes.

WACHSTUM ERWÜNSCHT – AUF DEM BIOLOGISCHEN GEMÜSEFELD!

Im Gemüsebau spielen Direktzahlungen kaum eine Rolle, da die Wertschöpfung über die Produkte pro Fläche generiert wird. Der Gemüseanbau ist somit von der Sache her auf den Markt ausgerichtet und erfordert unternehmerisches Denken. Aber der Umgang mit dem Boden als unserer Lebensgrundlage sollte auch längerfristig betrachtet werden. «Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität leiden im konventionellen Gemüseanbau». Sebastian betont aber die wichtige Rolle von Direktzahlungen in Randregionen. Er schaut optimistisch in die Zukunft. «Viele Massnahmen gehen heute in die richtige Richtung, auch wenn man schon viel früher hätte damit anfangen können».

Gespräch mit Sebastian Ineichen
aufgezeichnet von Ruth Bollinger, Redaktionsgruppe

EINFLUSS DER FAIR-FOOD-INITIATIVE AUF DEN GLOBALISIERTEN AGRARHANDEL UND DIE LANDWIRTTINNEN IM SÜDEN



Familien-Gemüseärten in Negele, Äthiopien

Rund 35 % der Weltbevölkerung – ca. 2,7 Milliarden Menschen – verdienen ihren Lebensunterhalt mit der Landwirtschaft: Die Meisten leben in Ländern des Südens, sind Selbstversorger und verkaufen den Überschuss auf den lokalen Märkten. Ebenso gibt es in diesen Ländern auch grössere Betriebe, die für den lokalen und globalen Markt produzieren und Landarbeiter anstellen. Immer mehr treten grosse internationale Unternehmen auf den Plan, kaufen Land in Entwicklungsländern auf und produzieren nur noch Cash Crops (Kaffee, Bananen, Reis, Sonnenblumen- und Palmöl, u. a.) für den globalisierten Agrarmarkt.

Die Produktion von Nahrungsmitteln und weiteren Agrarprodukten in den Entwicklungsländern hat also zugenommen. Und trotzdem hungern immer noch über 815 Millionen Menschen weltweit. Zum ersten Mal seit der Hungersnot in Äthiopien in den 80er-Jahren steigt die Zahl der vom Hunger betroffenen Menschen wieder an. Und trotz der Tatsache, dass weltweit genügend Lebensmittel produziert werden, stellen Unterernährung und fehlender Zugang zu sicheren Lebensmitteln weiterhin eine Herausforderung der Hunger- und Armutsbekämpfung dar. Die globalen Bemühungen, Ernährungssicherheit zu erreichen, sind fehlgeschlagen. Allerdings muss man berücksichtigen, dass sich die Weltbevölkerung seit den 80-er Jahren von 4.5 Milliar-



den auf heute knapp 8 Milliarden fast verdoppelt hat. Prozentual hat sich die hungernde Bevölkerung also halbiert. Doch jeder hungernde Mensch ist einer zu viel.

Die Entwicklungen in den Ländern des Südens hat die Lebensmittelsituation unter anderem mit der Produktion von landwirtschaftlichen Gütern im grossen Stil zwar verbessert, aber die Weltgemeinschaft steht vor weiteren grossen Herausforderungen. Bei meiner Arbeit in diesen Ländern beobachte ich, dass zwar die Produktivität erhöht wurde und die ländliche Bevölkerung zusätzliche Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten fand. Doch die Umsetzung ging oft einher mit Raubbau an der Natur durch Übernutzung von Boden und Grundwasser und grossflächiger Abholzung. Der starke Einsatz von künstlichen Düngern und Pflanzenschutzmitteln belastet die Gesundheit der LandarbeiterInnen, den Boden und das Trinkwasser, und die Artenvielfalt nahm ab.

GÄBE ES ALTERNATIVEN, UM DIE LÄNDLICHE ENTWICKLUNG ZU STÄRKEN UND DIE ERNÄHRUNGSSICHERHEIT LANGFRISTIG ZU GARANTIEREN?

Ein nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen und die Sicherung der biologischen Vielfalt sind

als Voraussetzungen entscheidend, um Ernährungssicherheit zu garantieren und gesunde und nahrhafte Lebensmittel nachhaltig zu erzeugen. Der Fokus muss auf der Weiterentwicklung der kleinbäuerlichen Produktionsweisen liegen, um dies zu erreichen. Mit klima-angepasstem Saatgut, agro-ökologischen Methoden und cleverem Produktionsmanagement (Fruchtfolge, Zwischenfrucht und Gründüngung, Kompost und Mulchen, Push/Pull Methoden im Pflanzenschutz, Agroforstwirtschaft) lassen sich längerfristig höhere Erträge erzielen, ohne die natürlichen Ressourcen zu schädigen.

80 % der in die Schweiz importierten Lebens- und Futtermittel kommen aus Industrieländern. Es ist nur folgerichtig, dass wir bei diesen Importen die gleichen Produktionsstandards wie für die schweizerische Produktion einfordern. Doch immerhin kommen gut 20 % unserer Agrarimporte aus Entwicklungsländern. In erster Linie sind dies Kaffee, Bananen, Reis und Öle (Sonnenblume-, Palm- und Erdnussöl), die von den grösseren Betrieben kommen, die überhaupt die geforderte Quantität und Qualität für den globalisierten Markt liefern können. Bereits heute könnten wir konsequent

auf Fair Trade und Biologische Produktion setzen, um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Die Fair-Food-Initiative will dies nun zum Standard machen, damit die Produktion in Afrika, Asien oder Südamerika nachhaltiger wird.

WAS HEISST DAS FÜR UNS KONSUMENTINNEN?

Wir werden Kaffee, Bananen, Reis und Öle nicht mehr zum Niedrigstpreis erwerben können. Wir werden die Entwicklungszusammenarbeit so ausrichten müssen, dass wir auch kleinere Bauern bei der Umstellung zu einer nachhaltigen Produktion unterstützen können. Mit höheren Konsumentenpreisen können wir diese Umstellung fördern. Damit verhelfen wir vielen Leuten zu fairen Arbeitsbedingungen und angepassten Löhnen, bekämpfen den Raubbau an der Natur, fördern eine gerechte Entwicklung in den Ländern des Südens und leisten einen wichtigen Beitrag, um den Hunger zu bekämpfen.

Monique Frey
Kantonsrätin Grüne und Fachberaterin der Caritas Schweiz für Ernährungssicherheit und Märkte in den Ländern des Südens

FOOD-WASTE

AUF DEN TELLER STATT IN DEN MÜLL

Rund ein Drittel aller in der Schweiz produzierten Lebensmittel landet im Abfall. Das entspricht rund zwei Millionen Tonnen pro Jahr oder 320 Gramm pro Person und Tag.

Dies ist problematisch, weil dadurch Ressourcen verschwendet werden. Um die weggeworfenen Lebensmittel zu produzieren, braucht es eine Fläche so gross wie der Kanton Zürich, die nicht für anderes genutzt werden kann. Zusätzlich wird Wasser verschwendet und zusätzliches CO₂ ausgestossen. Foodwaste ist aber auch Geldverschwendung und trägt zu sozialen Ungleichheiten bei. Den Hungernden auf der Welt stehen die verschwendeten Lebensmittel nicht zur Verfügung. Die höhere Nachfrage nach Lebensmitteln führt zu höheren Preisen, welche die einkommensschwächsten Personen am meisten belasten.

Dabei entstehen dreizehn Prozent des Foodwaste in der Landwirtschaft. Gründe dafür sind schwankende Ernteerträge, Normen für Grösse und Form und weil aus technischen Gründen nicht die ganze Ernte eingefahren werden kann. In der Verarbeitung entstehen weitere dreissig Prozent der Verluste, vor allem durch Nebenprodukte, die nicht verwertet werden. Mit 45 Prozent entsteht aber der grösste Teil des Foodwaste in den Haushalten.

Um auf diesen Missstand aufmerksam zu machen, haben die Jungen Grünen schon mehrmals eine sogenannte Foodwaste-Aktion durchgeführt. Dabei wurden Lebensmittel, die von Grossverteilern nicht mehr verkauft werden konnten, aber noch bedenkenlos geniessbar waren, gekocht und gratis an PassantInnen verteilt.

Doch auch auf politischer Ebene soll und muss etwas getan werden. Dabei ist die Fair-Food-Initiative ein wichtiger Schritt. Da über die Hälfte des Foodwaste geschieht, bevor die Lebensmittel zu den Konsumierenden kommt, lässt er sich zu einem grossen Teil durch Prozessoptimierungen bei Produktion, Verarbeitung, Lagerung und Distribution vermindern. Auch kürzere Wege zwischen Produzierenden und Konsumierenden bedeuten weniger Lebensmittelverluste. Hier hilft die Initiative zusätzlich durch die Förderung von saisonalen und regionalen Nahrungsmitteln. Der Bund soll zudem Massnahmen ergreifen, um die Bevölkerung für einen bewussteren Umgang mit Lebensmitteln zu sensibilisieren. Werden weniger Lebensmittel weggeworfen, werden nicht nur knappe Ressourcen geschont, wir können auch besseres Essen konsumieren, ohne dafür mehr bezahlen zu müssen.

Mauro Schmid
Junge Grüne

ABSTIMMUNGEN

REIF FÜR DIE AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWENDE



Am 30. März 2016 wurde die Initiative für Ernährungssouveränität mit rund 109'000 gültigen Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Die Allianz für Ernährungssouveränität mit über 70 Organisationen in der Schweiz, verbunden mit der weltweiten bäuerlichen Bewegung Via Campesina, verlangt eine nachhaltige, regionale, einträgliche, klimaschonende und gentechfreie Landwirtschaft.

Die im Trend liegende Billigpreispolitik für Nahrungsmittel spielt der Liberalisierung und dem Freihandel in die Hände. Dagegen legen wir am 23. September 2018 zwei kräftige JA für die Initiative für Ernährungssouveränität sowie die Fair-Food-Initiative in die Urne. Denn die grossen Herausforderungen wie Klimawandel, unfaire Preise und schwindende Biodiversität verlangen

nach einer regionalen, nachhaltigen und vielfältigen Landwirtschaft. Natürlich gentechfrei!

Der Weltagrарbericht (2008) sowie die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Hungers und zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft sind wichtige Wegweiser für uns. Die Klimaszenarien sind eindeutig, sprich die Wetterextreme nehmen zu. Die Landwirtschaft muss sich darauf einstellen. Lokal angepasste Sorten, artenreiche, ressourcenschonende und resiliente Agrarökosysteme sind Antworten, die wir mit unserer Initiative einfordern. Klimawandel, steigende Erdölpreise, Spekulation mit Lebensmitteln und politische Krisen können den globalen Markt zudem empfindlich stören. Im Jahr 2017 stiegen die globalen Lebensmittelpreise um 8,2 %. Ernährungssouveränität trägt zum Abbau der Auslandsabhängigkeit bei, hier wie im globalen Süden.

PREISE, EINKOMMEN, ARBEIT GERECHT GESTALTEN

Die heranrollenden Freihandelsabkommen werden den Preisdruck massiv verschärfen: 30–50 % Preisverlust bei Mercosur und einem bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU. Schon heute verschwinden 2–3 Bauernhöfe und 6 bäuerliche Arbeitsplätze pro Tag in der Schweiz. Das sind in den letzten 30 Jahren insgesamt 100'000 Arbeitsplätze und 35'000 Bauernhöfe, bei steigender «Produktivität». Der Produzentenpreis sank in den letzten 30 Jahren um 30 %, wovon besonders die Grossverteiler profitierten. Die Einkommen liegen in der Landwirtschaft 35 % unter dem Durchschnittseinkommen, bei 25 % höherer Arbeitsbelastung.

DEMOKRATISIERUNG STATT MONOPOLISIERUNG

Heute beherrschen einige wenige internationale Konzerne weltweit das Ernährungssystem. Ihr Ziel sind Tiefstpreise und Höchstgewinne. Soziale und ökologische Standards fallen unter den Tisch. Regionale Lebensmittel hingegen stärken die Wirtschaft im ländlichen Raum. Die Wertschöpfung geschieht vor Ort und schafft Arbeitsplätze in der Verarbeitung in regionalen Lagern und bei lokalen Verteilern. Die Kreisläufe werden geschlossen und die Kundinnen und Kunden wissen woher die Lebensmittel stammen. Ernährungssouveränität zahlt sich aus!

www.ernaehrungssouveranitaet.ch

Mathias Stalder (Koordinator Initiative für Ernährungssouveränität und Gewerkschaftssekretär Uniterre)

«Ich unterstütze die Initiative vollumfänglich! Als Koch und Gastronom will ich regional mit kleinen vielfältigen Bauernhöfen und passionierten Kleinbauern zusammenarbeiten. Ich will, dass der kleine Hof, der nachhaltig arbeitende Bauer, einen massiv besseren Lohn für sein Wirken erhält als heute.

Als Initiant von weltweiten regionalen nachhaltigen Lebensmittelnetzwerken mit Logistik sowie Läden auf dem Dorf und in der Stadt, will ich noch viel mehr aus der Region direkt vom Bauern beziehen können. Weniger Foodbusiness, mehr Nahrungsversorgung als Allmende für das Gemeinwohl ist das Ziel: Deshalb brauchen wir die Politik. Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen. Die Initiative schafft eine umfassende Grundlage dazu. Globale Solidarität mit den Bauern und Bäuerinnen ist angesagt, fairer Austausch von Produkten soll zur Norm werden.»

Patrick Honauer Initiant Bachser Markt

**Eidgenössische Volksinitiative
«Für Ernährungssouveränität.
Die Landwirtschaft betrifft uns alle.»**



— ANZEIGE —

ab 23. August

**BLUE NOTE RECORDS:
BEYOND THE NOTES**
von Sophie HUBER

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte
der Tagespresse oder dem Monatsprogramm
www.stattkino.ch

ab 30. August

FIGLIA MIA
von Laura BISPURI

ab 5. September

Filmreihe KORNÉL MUNDRCZÓ

ab 6. September

SEARCHING FOR BERGMAN
von Margarethe VON TROTTA

ab 13. September

1999 – WISH YOU WERE HERE
von Samara Grace CHADWICK

ab 20. September

STYX
von Wolfgang FISCHER

ab 27. September

KHOOK
von Mani HAGHIGHI

ab 4. Oktober

OUT OF PARADISE
von Batbayar CHOCSOM

stattkino

ab 10. Oktober

GASPARD VA AU MARIAGE
von Antony CORDIER

stattkino

im Bourbaki Panorama Luzern
Reservationen 041 410 30 60

JA ZUM BUNDESBESCHLUSS VELO



istock © Helen Ross

Mehr und bessere Velowege, das will der Bundesbeschluss Velo

Der Bundesbeschluss Velo ist eine kleine, aber wichtige Verfassungsänderung, um das Velo zu fördern.

Konkret werden mit der Ergänzung die Velowege den Fuss- und Wanderwegen in der Verfassung gleichgestellt. Das heisst, der Bund kann die Kantone, Städte und Gemeinden bei der Planung von Velowegen unterstützen. Die Netze werden dadurch qualitativ besser, kostengünstiger und ideal auf die anderen Verkehrsnetze abgestimmt. Die Federführung bleibt jedoch bei den Kantonen und Gemeinden. Die Arbeit wird also vor Ort erledigt, was Sinn macht. Der Bund übernimmt aber neu auch bei den Velowegen eine koordinierende und vollzugsunterstützende Rolle. Das verbessert die Qualität aller Netze und spart Zeit und Kosten.

Ebenso muss der Bund neu auch dafür sorgen, dass aufgehobene Velowege angemessen ersetzt werden.

Der Bundesbeschluss geht zurück auf die Velo-Initiative von Pro Velo: Die Velo-Initiative ist zu Gunsten des Bundesbeschlusses (direkter Gegenvorschlag) zurückgezogen worden. Da der Bundesbeschluss jedoch eine Verfassungsänderung erfordert, muss über die Vorlage abgestimmt werden.

Korintha Bärtsch
Grossstadträtin



**Bundesbeschluss über die Velowege
sowie die Fuss- und Wanderwege**



KANTONALE ABSTIMMUNGEN

VOLKSINITIATIVE «FÜR EINE HOHE BILDUNGSQUALITÄT IM KANTON LUZERN»

Der Kanton Luzern muss gute Bildung auch in Zukunft fördern! – deshalb ein JA zur Volksinitiative für eine hohe Bildungsqualität!

Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen der Gesellschaft. Mit der Initiative wollen Parteien und die Lehrpersonalverbände aller Schulstufen die Bildungsqualität im Kanton für die Zukunft sicherstellen. Es ist wichtig, dies in der kantonalen Verfassung festzuschreiben, damit wir die Ausbildung für unsere Kinder vor den andauernden Sparübungen im Kanton schützen.

DIE BILDUNGSQUALITÄT IST AUF DAUER NICHT SICHERGESTELLT

Die Kantonsregierung behauptet, die Bildungsqualität im Kanton sei sehr hoch. In den letzten zwei Jahren haben Parlament und Regierung aber massive Kürzungen im Bildungsbereich vorgenommen: Die Regierung schlug immer wieder Schulschliessungen, Schulgeldehöhungen und schlechtere Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen vor. Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsparlament folgte. Ein deutliches Zeichen, dass die Bildungsqualität auf Dauer nicht sichergestellt ist. Bildung darf nicht Spielball der Finanzpolitik sein!

KEIN WEITERER LEISTUNGSABBAU IN DER BILDUNG

Wir erinnern uns, wie in den letzten Jahren immer wieder Leistungen im Bildungsbereich abgebaut wurden: Eine Woche Zwangsferien für sämtliche Mittel- und Berufsschulen, Abbau des 10. Schuljahres, Zentralisierung des Berufsinformationszentrum BIZ (Schliessung der Filiale Sursee), Drohung der Schliessung der Fachklasse Grafik und der Wirtschaftsmittelschule in Willisau, geplante Aufhebung der Durchlässigkeit des Bildungssystems mit der Verunmöglichung des Übertritts ins Gymi nach der 3. Sekundarschule usw.. Die kantonalen Stipendienbeiträge wurden um 43% gekürzt, der Kanton Luzern gibt damit nur halb so viel Geld dafür aus wie der Schweizer Durchschnitt: mikrige 19 Franken pro EinwohnerIn.

CHANCENGERECHTIGKEIT WAHREN: KEINE KOSTEN AUF DIE ELTERN UMWÄLZEN

Die Bildungsinitiative stellt sicher, dass Jugendliche nicht aufgrund des Einkommens ihrer Eltern an der Entfaltung ihrer Fähigkeiten gehindert werden. Die Regierung wollte immer wieder die Schulgelder an den Gymnasien, Fachmittelschulen und Berufsmittelschulen erhöhen. Damit wird aber die Chancengerechtig-

keit und der Zugang zur Bildung eingeschränkt. Viele Kantone kennen kein solches Schulgeld; zum Beispiel scheiterte die Schulgeldeinführung in Nidwalden am Volksmehr. Auch die Musikschulbeiträge sollten erhöht werden, was aber mit einem erfolgreichen Referendum verhindert werden konnte.

GUTE RAHMENBEDINGUNGEN AN DEN SCHULEN

Die Rahmenbedingungen für Bildung sind dauernd unter Beschuss. Eine drastische Verschlechterung war die Arbeitszeiterhöhung der Lehrpersonen um eine Stunde auf allen Schulstufen. Heute stehen viele Lehrpersonen dadurch unter hohem Druck und die Stellenfluktuation hat zugenommen. Die gestiegene Belastung wirkt sich auf die Motivation aus und das wiederum ist schlecht für die Bildungsqualität.

FACHKRÄFTEMANGEL JETZT ANGEHEN

In den kommenden Jahren ist in der Volksschule und somit bald auch in den Gymnasien und der Berufsschule mit erheblich mehr Lernenden zu rechnen. Dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel kann der Kanton nur mit guten Anstellungsbedingungen begegnen. Luzern belegt aber diesbezüglich einen der letzten Ränge der Schweiz. Die Bildungsinitiative will die guten Rahmenbedingungen und damit die Grundvoraussetzung für eine gute Bildung in der Verfassung festschreiben.

Ali R. Celik
Kantonsrat Grüne Luzern

Volksinitiative «Für eine hohe Bildungsqualität im Kanton Luzern»



KANTONALE ABSTIMMUNGEN

EIN KLARES JA FÜR EINEN GUTEN UND BEZAHLBAREN ÖV IM KANTON LUZERN – JA ZUR ÖV-INITIATIVE

Alle sind auf ein gutes kantonales öV-Angebot angewiesen. Der Erhalt und Ausbau ist durch die desolaten Kantonsfinanzen in Gefahr. Es drohen höhere Billetpreise und Streichungen von Buslinien auf der Landschaft. Aus diesem Grunde hat die Allianz für Lebensqualität, bei der sich auch die Grünen Luzern engagieren, die Initiative «vorwärts mit dem öffentlichen Verkehr» ausgearbeitet.

Das Spar- und Abbauprogramm (KP 17) des Kantons Luzern hat starken Einfluss im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Um den Kostendeckungsgrad zu steigern, müssen wir KundInnen mehr für die Billette zahlen. Angebote werden abgebaut, sei dies auf der Landschaft oder in der Agglomeration in Randzeiten. Weiter verzögert sich der Ausbau geplanter Linien massiv. Zudem müssen auch Verkehrsunternehmen immer billiger arbeiten.

Es ist bereits bei der Mall of Switzerland, in Horw, Sursee, beim Bahnhof Rothenburg oder im Wiggertal, eigentlich im ganzen Kanton feststellbar. Die vielen wichtigen Ausbauprojekte kommen nicht vorwärts und sind um Jahre verschoben worden. Für die Umsetzung der notwendigen Projekte braucht es deutlich mehr Geld, welches der Kantonsrat sprechen müsste. In der Regel unterstützt dieser die Vorhaben, den öffentlichen Verkehr auszubauen. Wenn es dann aber um die Finanzierung geht, streichen die bürgerlichen Kräfte die dafür notwendigen Mittel wieder.

Es ist eindeutig, dass in Zukunft der Anteil der öV-Nutzenden stark zunehmen wird. Dies zeigen auch verschiedene Prognosen. Dennoch will der Kanton bis 2021 seinen Beitrag um gerade einmal 1 Million Franken erhöhen. Zudem muss davon ausgegangen werden, dass dieser Betrag bei der nächsten Budgetkürzung wiederum geopfert werden wird. Die Folgen sind uns bereits bekannt: Schlechte Anschlüsse, längere Fahrzeiten und übervolle Busse und Züge.

Die Initiative verlangt vom Kanton, jährlich mindestens 60 Millionen Franken in einen Fonds zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs zu legen. Die Initiative will damit nichts anderes, als jenen Betrag zur Verfügung zu stellen, der gemäss kantonomer Planung nötig wäre. Damit können die längst versprochenen Massnahmen auch umgesetzt werden. Im Verkehrsbereich kennen wir verschiedene Fonds. Diese Lösung für eine stabile Finanzierung hat sich etabliert und ist auch für unseren Kanton gut.

Die öV-Initiative ermöglicht allen, die Mobilität zu sichern. So auch für Menschen mit einer Behinderung. Für diese Personengruppe wurden in der Vergangenheit Gelder und somit Möglichkeiten gestrichen. In einer sozialen Gesellschaft ist es dringend wichtig, dass ein angemessenes Angebot vorhanden ist, damit Alle mit dem öffentlichen Verkehr zu Freunden, Kulturveranstaltungen oder zum Arzt fahren können. Und dies im ganzen Kanton Luzern, in städtischen, wie auch in ländlichen Gebieten!

Dafür ist ein gutes öV-System zentral. Wir haben die Möglichkeit dafür zu sorgen, dass es mit dem ÖV wieder vorwärts geht. Dafür braucht es am 23. September 2018 ein klares und starkes Ja zur öV-Initiative. Denn diese

- sichert das öV-Angebot im ganzen Kanton ohne höhere Ticketpreise
- garantiert die Umsetzung des notwendigen und geplanten öV-Ausbaus
- bringt eine Verlagerung von Geldern von der Strasse hin zum öffentlichen Verkehr

Wir zählen auf ihre Unterstützung!

Hannes Koch
Co-Präsident Grüne Luzern

Volksinitiative «Vorwärts mit dem öffentlichen Verkehr»

JA



GROSSER STADTRAT

AKTUELLES AUS DEM GROSSEN STADTRAT VON LUZERN



Situation beim Carparkplatz im Landenberg

ZUKÜNFTIGES CARREGIME UND VISION TOURISMUS 2030

Die intensive Diskussion im Parlament über die Initiative für ein Parkhaus Musegg, das zukünftige Carregime, den Tourismus und die Attraktivierung der Innenstadt hat Ende Juni damit geendet, dass das ganze Geschäft an den Stadtrat zurückgewiesen wurde. Die Grünen haben sich in der Debatte (leider als einzige Fraktion) weiterhin vehement gegen neue Innenstadtparkhäuser ausgesprochen. Statt eine weitere Idee gleich auf der Allmend zu testen, müssen nun zuerst fundierte Analysen gemacht werden und ein Zielbild für das Carregime und den Tourismus diskutiert und definiert werden, bevor irgendwelche «Lösungen» wie private Parkhäuser ins Spiel gebracht werden. Erfreulicherweise unterstützt damit die grosse Mehrheit des Parlaments (inkl. der bürgerlichen Seite) grundsätzlich die Stossrichtungen der beiden von den Grünen lancierten Motionen Nr. 159 (Vision Tourismus 2030) und Nr. 170 (Carparkierungskonzept 2.0).

GRATIS VELOSTATION

Korintha Bärtsch forderte im Juni, dass die schlecht ausgelastete Velostation am Bahnhof gratis wird. Weiter sollen Dienstleistungen wie Veloservice und -reinigung gegen Bezahlung angeboten werden. Damit soll eine Minderung der Veloparkplatznot um den Bahnhof erreicht werden. In Zukunft kann die Velostation zudem durch den vom Parlament geforderten Velotunnel vom Hirschmattquartier her bequemer und sicherer erreicht werden.



Die Velostation: Schlecht ausgelastet und schlecht erreichbar



Viva Luzern (Hier im Eichhof): Wie läuft's nach der Auslagerung?

DREI JAHRE NACH DER AUSLAGERUNG DER HEIME

Drei Jahre nach der Auslagerung der städtischen Heime in eine eigene Aktiengesellschaft ist es Zeit, eine erste Standortbestimmung vorzunehmen. Grüne (Marco Müller und Noëlle Bucher) und SP stellten dem Stadtrat darum kritische Fragen zur Mitarbeitenden- und Bewohnendenzufriedenheit, den jährlich steigenden Löhnen der Kader, zur Pflegequalität und zur anfangs Jahr aufgelösten Zusammenarbeit mit der städtischen Ombudsstelle. Die Debatte dazu ist für den Herbst vorgesehen.



Die Investitionen der städtischen Gebäude werden von Jahr zu Jahr hinaus geschoben (Im Bild das sanierungsbedürftige Moosmattschulhaus)

DAS JÄHRLICHE RITUAL DER VERHINDERTEN INVESTITIONEN

Seit mehreren Jahren schafft es die Stadt nicht, die ausgewiesenen nötigen Investitionen auszulösen, um Infrastruktur und Gebäude wie zum Beispiel Schulhäuser wertgemäss zu erhalten. 2017 war es besonders eindrücklich. Von den geplanten Nettoinvestitionen von CHF 41 Millionen konnte mehr als ein Viertel nicht ausgelöst werden. Leider fehlt es an Personalressourcen für die Hoch- und Tiefbauprojekte. Zudem bremst der Investitionsplafonds die Projekte weiter unnötig in der Planung.

Die Grünen haben darum zusammen mit der FDP eine Motion eingereicht, welche in einem Bericht Aussagen fordert, welche Auswirkungen die tiefen Investitionen für die Gebäude haben und wie ein fehlender Unterhalt in Zukunft vermieden werden könnte.

Christian Hochstrasser
Grossstadtrat

STÄDTISCHE ABSTIMMUNG

JA ZUR ÄNDERUNG DES STÄDTISCHEN ENERGIEREGLEMENTS!

Im Februar 2018 hat das Stadtparlament die Initiative «Für eine nachhaltige und faire Ernährung» behandelt. Diese verlangte, dass die Stadt Luzern eine nachhaltige Ernährung fördert. Mit einem zusätzlichen Artikel im städtischen Energiereglement wollte die Initiative unter anderem erwirken, dass die Stadt Luzern – und mit ihnen ihre Tochtergesellschaften – in ihren Kantinen und Mensen täglich ein veganes Menü anbieten müssen. Im Rahmen der Parlamentsdebatte wurde die Initiative zugunsten eines Gegenvorschlags der Fraktion der Grünen/Jungen Grünen zurückgezogen. Der Gegenvorschlag sieht ebenfalls eine Förderung der nachhaltigen Ernährung vor, wie folgender Satz, um welchen das Energiereglement ergänzt werden soll, verdeutlicht: «Die Stadt setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Förderung der nachhaltigen Ernährung und die Information über den Einfluss der Ernährung auf das globale Klima und die Umwelt ein.» Im Zentrum des Gegenvorschlags steht aber nicht mehr nur die Ernährung, sondern vor allem die Reduktion der Grauen Energie. Graue Energie bezeichnet diejenige Energie, welche beispielsweise für die Herstellung, den Transport, die Lagerung, den Verkauf und die Entsorgung von Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern aufgewendet wird.

Obwohl das Parlament an seiner Sitzung den Gegenvorschlag verabschiedete, stimmt die Stadt Luzern am 23. September über die Änderung des städtischen Energiereglements ab, da ein entsprechendes Referendum zustande gekommen ist. Die Befürchtungen der Vertreterinnen und Vertreter des Referendungskomi-

tees, bei einer Annahme der Reglementsänderung in Ernährungsfragen zukünftig bevormundet zu werden, sind unbegründet. Bei einer Annahme des Gegenvorschlags darf weiterhin jede Luzernerin und jeder Luzerner selber entscheiden, was auf den Teller kommt. Mit dem Gegenvorschlag soll erreicht werden, dass die Stadt Luzern in Zukunft die Bevölkerung über den Einfluss der Ernährung auf das globale Klima und die Umwelt informieren und sie, beispielsweise mittels Informationskampagnen, für eine nachhaltige Ernährung sensibilisieren kann. Vielen ist heute nämlich nicht bewusst, dass die Ernährung rund einen Drittel der jährlichen Umweltbelastungen in der Schweiz verursacht oder eine nachhaltige Ernährung die regionale Wirtschaft unterstützt.

Der Gegenvorschlag möchte also in erster Linie die Bevölkerung über die Vorteile einer nachhaltigen Ernährung aufklären und einen Beitrag leisten zur Reduktion der Grauen Energie. Die endgültige Parole wird die städtische MV am 22. August beschliessen.

Noelle Bucher
Grossstadträtin Grüne



Teilrevision Reglement für eine nachhaltige städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik (Energiereglement)

JA

KRIENS

NEUES GESAMTVERKEHRSKONZEPT – CHANCE FÜR KRIENS



Die Autoren des Gesamtverkehrskonzeptes Kriens (GVKK) bringen es auf den Punkt: Auf den Krienser Hauptachsen wird in den Spitzenzeiten die Leistungsgrenze erreicht. Der Ausweichverkehr beginnt sich auf das Quartiernetz auszubreiten. Die MIV-Dominanz führt – wir Grüne wissen es längst – namentlich im Zentrum zu einer unattraktiven Situation für die Wohn- und Geschäftsnutzungen, zu einem unattraktiven öffentlichen Raum, zu Einschränkungen bei der Überquerung der Hauptachsen und zu Behinderungen für den öffentlichen Verkehr.

Nach langen Jahren der verkehrspolitischen Stagnation, Vorstössen aller Art und politischen Ränkespielchen – bei stetig steigender Lärm-, Stau- und Abgasbelastung – ist die Erkenntnis gereift: Es besteht Handlungsbedarf! Was aber tun? Ein weiterer Ausbau des Strassennetzes, wie er derzeit vom Bund und Kanton beim Bypass und der Spange Nord, vorbei an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung geplant wird, lässt sich in Kriens glücklicherweise nicht umsetzen. Es fehlt an Geld, Platz und Zeit.

Das Ende Mai der Öffentlichkeit vorgestellte GVKK wurde von einem innovativen Verkehrsplanungsbüro unter der Leitung von Stadtpräsident Cyrill Wiget und unter den kritischen Augen der Krienser Verkehrskommission erarbeitet. Es ist thematisch eingebettet in die Überlegungen zum Gesamtverkehr in der Agglomeration Luzern und eng verzahnt mit dem Konzept Luzern Süd. Das Gesamtverkehrskonzept will die zukünftige Verkehrsentwicklung aktiv steuern. Die Angebote des ÖV, des Fuss- und Veloverkehrs sollen ausgebaut werden, damit sie zukünftiges Wachstum aufnehmen können. Der MIV hingegen bleibt auf das bestehende Belastungsniveau ausgerichtet, d.h. er soll plafoniert werden. Das GVKK postuliert vier Kernanliegen: Den Verkehr besser organisieren, im Zentrum neu gestalten,

auf den Haupttrouten effizienter abwickeln und im Quartier verträglich machen. Anhand von acht Zielbildern werden diese Anliegen analysiert. Über 50 Massnahmen werden, gestaffelt nach ihrer Dringlichkeit, schliesslich zur Umsetzung vorgeschlagen. Im Folgenden wird der Fokus auf das Krienser Zentrum, die Verbindungsachse Horwerstrasse und die Veloachse Schachen-Amlehnstrasse gelegt:

Das Krienser Zentrum wird heute komplett durch den motorisierten Verkehr dominiert. Die Trennwirkung der Hauptachsen Luzernerstrasse/ Obernauerstrasse / Horwerstrasse ist markant. Entsprechend unattraktiv ist der Aufenthalt sowie das Flanieren und Begegnen, zu Fuss oder mit dem Velo. Mit einer Aufwertung des Strassenraums, Einführung von Tempo-30 auf dem Kantonsstrassenabschnitt und einer Kanalisierung des motorisierten Verkehrs auf die Hauptachsen, soll Platz für ein konfliktärmeres Miteinander von Fussgängern, Velofahrerinnen und MIV geschaffen werden. Das Zentrum wird aufgewertet und kann seiner Funktion als Einkaufs-, Begegnungs- und Aufenthaltsort zukünftig wieder besser gerecht werden. Nicht zuletzt wird die Verkehrssicherheit erhöht, dies ohne Verringerung der Strassenkapazität. Verkehrsampeln werden überflüssig und abmontiert! Davon profitieren alle, nicht zuletzt das Krienser Gewerbe.

Die verkehrsdominierte Horwerstrasse mit der Zentrumsnutzung und angrenzenden Schulen genügt den heutigen Anforderungen punkto Sicherheit schon lange nicht mehr. Der Strassenraum wird neu gestaltet, mit einer Kernfahrbahn versehen und Tempo 30 wird eingeführt.

Ein altes Anliegen der Grünen zu guter Letzt: Die Veloverkehrsachse Schachen- / Amlehnstrasse wird im Einbahnverkehr geführt und dank versenkbaren Pollern endlich vom quartierfremden Ausweichverkehr ab der Kantonsstrasse befreit.

Hält dieses innovative und zukunftsweisende GVKK was es verspricht? Wir Grünen sind überzeugt und kämpfen für eine zügige Realisierung dieser Vision. Eine Alternative jedenfalls ist weit und breit nicht in Sicht.

Link zum Gesamtverkehrskonzeptes Kriens (GVKK): www.gemeinde-kriens.ch/projekte/gesamtverkehrskonzept.page/1321

Peter Stofer
Mitglied der Verkehrskommission

PORTRAIT

IRINA STUDHALTER



Irina Studhalter hat vor gut zwei Jahren den Bachelor in Politikwissenschaften abgeschlossen. Sowohl vor als auch nach Studiumsabschluss war und ist sie bei diversen politischen Projekten beteiligt. Bereits als Kind wollte sie Politikerin werden und hat dieses Ziel auch konsequent verfolgt.

An der Studienrichtung Politikwissenschaften schätzt sie das Hintergrundwissen, das ihr hier vermittelt wurde. Dieses erklärt unter anderem, wie Mechanismen innerhalb eines Parlaments ablaufen. Und genau das kann Irina in ihrem Arbeitsalltag auch anwenden.

Das interessanteste, was Irina in ihrer Laufbahn als aktive grüne Politikerin erlebt hat, war die Regierungsratskandidatur im März 2015, weil nur wenige eine solche Kandidatur machen und sie von vielen darauf vorbereitet wurde. Sehr spannend waren in diesem Zusammenhang die Podien und die Begegnungen mit den anderen Podiumsteilnehmern und -teilnehmerinnen. Aus dieser Erfahrung hat sie viel gelernt.

Das spannendste, was Irina als Mitglied des Stadtparlaments bis jetzt erlebt hat, ist der Blick hinter die Kulissen, wie ein Parlament funktioniert. Es geht darum, mit den anderen Parlamentsmitgliedern Allianzen zu schmieden, aber auch Kompromisse zu finden.

Einzelne Mitglieder unserer Ortsgruppen haben die Erfahrung gemacht, dass es relativ schwierig ist, weibliche Personen für strategische Ämter zu motivieren. Die

Gründe, weshalb das so ist, sind laut Irina sehr komplex. Es würde den Rahmen dieses Textes sprengen, die Details zu erörtern. Ein Ansatz, Frauen zu motivieren, ist aber laut Irina: Je mehr Frauen politisch aktiv sind, desto eher würden andere Frauen motiviert, ebenfalls zu kandidieren.

Parallel zu ihrer politischen Tätigkeit ist Irina auch noch Moderatorin für das Radio 3FACH. Eine Tätigkeit, die sie bald wegen der Altersguillotine dieses Senders aufgeben muss. An der Arbeit für das Radio 3FACH schätzt sie am meisten, dass die Moderatorinnen und Moderatoren die Themen, über die sie berichten, weitgehend selbst bestimmen können. Das interessanteste, was sie beim Radio 3FACH erlebt hat, war: Sie machte einmal eine Reportage über das Rotlichtmilieu im Ibach. Dort gibt es einen Strassencontainer, wo die Sexarbeiterinnen sich mit Sozialarbeiterinnen austauschen können. Und die Sozialarbeiterinnen versuchen dann auch so gut es geht, zur Seite zu stehen. Es war eine besondere Erfahrung, sich dort mit allen Beteiligten zu unterhalten.

Irina hört am liebsten elektronische oder neuerdings auch lateinamerikanische Musik. Folgende literarische Texte haben sie beeindruckt: «Des Schweizers Schweiz» von Peter Bichsel, weil der Autor sich gegen Nationalismus ausspricht, «Der Augsburger Kreidekreis» von Bertolt Brecht, sowie die Autobiografie «Ich bin Malala» von der Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai. Diese Lebensgeschichte hat Irina sehr berührt.

In ihrer Freizeit fährt Irina gerne Velo, macht Yoga oder tanzt.

Kleine Notiz: Den besagten Radiobeitrag findet man auf der Webseite von Radio 3FACH als «Luzern 180-Ute-Sozialarbeiterin Sexarbeit».

Fabio Banz
aktives Mitglied

RÜCKBLICK JAHRESVERSAMMLUNG

AN DEN JUNGEN GESICHTERN MISST SICH DAS ALTER



Die Jahresversammlung der Grünen Luzern fand dieses Jahr in Sursee statt. Fünfundfünfzig Besucher aus allen Richtungen des Kantons fanden sich am 22. Mai im «Wilden Mann» zusammen. Es war ein heisser, sonniger Frühlingsabend, der sich kurz vor der Versammlung einen Moment lang mit Gewitterwolken verdunkelte, die sich aber erst später in der Nacht in Regen entluden. Genügend Zeit blieb, um im Sonnenschein, auf der einladenden Dachterrasse des Restaurants, einen exquisiten Aperitif zu geniessen. Mit etwas mehr Gewicht liess es sich danach leichter in den Saal hinuntersteigen, wo das Grusswort aus Sursee wartete. Samuel Zbinden hielt eine gelungene Ansprache über die grünen Höhenflüge auf dem Zeitstrahl ihrer historischen Abfolge innerhalb des Wahlkreises. Auf die freie Rede folgte eine Episode geschriebener Fakten und Zahlen und protokollierter personeller Wiederwahlen und Neuwahlen. Einstimmig wurde Maurus Frey als Präsident wiedergewählt, umrahmt von Irina Studhalter und Hannes Koch im Vize-Präsidium. Die neuen Vorstandmitglie-

der haben in dieser Rundbriefausgabe ein separates «Willkommen» von Katharina Meile erhalten. Nach den zustimmungstarken Akklamationen im Laufe der Generalversammlung galt das letzte Wort von Adrian Borgula der Verabschiedung von Louis Schelbert als Nationalrat. Mit zahlreichen amüsanten Anekdoten eines gemeinsamen Fortschritts belebte unser Stadtrat seine wortreiche Reise zur politischen Geschichtsschreibung von Louis. Diese Reise beendete der ehemalige Nationalrat selbst mit seinem Dank an die Partei und seinem Wanderbericht über seinen langen Fussweg von Bern nach Luzern, den er, zusammen mit seinem Bruder, unter die Füsse genommen hatte. Der Abend endete mit der freudigen Einsicht, dass sich das Alter der Grünen nicht nur in den Jahren des Wirkens misst, sondern auch in der Anzahl junger Menschen, die in Sursee aktiv geworden sind und es noch werden.

Philippe Goeldlin
Sekretariat

RÜCKBLICK DIGITALISIERUNGSANLASS (21. APRIL 2018)

DIGITALISIERUNG IST KEINE TECHNISCHE VOLLZUGSMELDUNG



Manchmal wird man das Gefühl nicht los: Sie ist da, sie passiert, und sie stellt uns vor vollende Tatsachen – beispielsweise durch einen ziemlich doofen Staubsaugerroboter. Die Digitalisierung. Nun, ein doofer Staubsaugerroboter, inklusive montierter fieser Kamera, absolvierte tatsächlich in hypervervöser Art viele Meter an diesem schönen Frühlingsvormittag im Sentitreff. Aber gleichzeitig mit ihm war das Bewusstsein da: Digitalisierung ist keine technische Vollzugsmeldung, sondern voll und ganz in unseren gestaltenden Händen.

WER MACHT DIE REGELN?

Nachdem der Staubsaugerroboter die Bühne geräumt hatte – er reagiert glücklicherweise auf einen Off-

Knopf – betrat Georges Grivas, Professor an der Hochschule Luzern – Informatik, die Bühne. Er erläuterte, welche Herausforderungen die Digitalisierung für Unternehmen mit sich bringt: die konstante Überprüfung des eigenen Geschäftsmodells. Regionale Firmen wie Schindler hätten derzeit Erfolg, weil sie sich durch besonders innovative Anpassungsstrategien auszeichneten. Der aufschlussreiche Einblick in die hohe Dynamik, welche der Digitalisierungsdruck in der Geschäftswelt auslöst, provozierte auf Grüner Seite viele Anschlussfragen: Welches sind denn die «digital skills» für die Zukunft? Wo ist der Platz des Menschen in einer technisierten Arbeitswelt? Und wer verdient eigentlich das grosse Geld?

Derlei Fragen griff der zweite Referent, der grüne Nationalrat Balthasar Glättli, auf. Der profilierteste Netzpolitiker der Schweiz verwies auf die libertären und revolutionären Anfangstage des Internets. Er erinnerte aber auch daran, dass die Fragen im Netz die gleichen sind wie sonstwo in der Gesellschaft: Wer macht die Regeln, wer hat die Macht? Politik und Gesellschaft stehen in der Verantwortung, die Spielregeln festzulegen, wie Technologien eingesetzt werden.

UNSERE IDEALE UND DIE ROBOTER

Im zweiten Teil des Vormittags waren denn die über zwanzig anwesenden digital interessierten Luzerner Grünen am Zug: In zwei (leider viel zu kurzen) Runden diskutierten sie über Care-Arbeit und Roboter, politisches Marketing auf Social Media, die digitalisierte Arbeitswelt und das Stadtleben im Zeitalter von Smart Cities. Die gesammelten Überlegungen und Argumente sind für uns Grüne in der täglichen Politarbeit, aber auch in Positionsbezügen und für die weitere Ideenentwicklung zentral. Für die entstehende Digital- und Netzpolitik bleiben die grünen Grundsätze aber klassisch: Im Zentrum steht die menschliche Lebensqualität und eine intakte Natur.

Ob ein Staubsaugerroboter uns diesen Idealen näherbringt, ist noch nicht so ganz klar. Wer ihm aber in seinem Höllenritt im Sentitreff nachfühlen möchte, kann das tun – in folgenden zwei Videos:

Teaser-Video: <https://vimeo.com/275131005>

Original: <https://vimeo.com/275143298>

Rahel Estermann
Arbeitsgruppe Digitalisierung

RÜCKBLICK 1. MAI

DER 1. MAI 2018 – EIN VIELVERSPRECHENDER WECHSEL



Die Berichterstattung zu den Aktivitäten des Luzerner 1. Mai-Komitees nimmt in der Presse meistens einen marginalen Raum ein. Die grösste Attraktion war meiner Erfahrung nach in den letzten Jahren, dass die Seebrücke für einige Minuten in einer Richtung für den motorisierten Verkehr gesperrt war – was für eine Aufregung! Doch in diesem Jahr gab der 1. Mai schon im

Vorfeld zu reden. «Die Gewerkschaften ziehen sich aus der Öffentlichkeit zurück», hiess es da etwa, als bekannt wurde, dass die 1. Mai-Feier statt auf dem Kapellplatz im Neubad stattfinden und auf den traditionellen Umzug verzichtet würde. Als ob Öffentlichkeit nur in der Altstadt zu finden sei, nicht aber im Neustadtquartier. Die roten und grünen Fahnen waren jedenfalls gut sichtbar und machten deutlich, dass im Neubad etwas Besonderes los war an diesem Tag.

Die Verbindung mit der Infrastruktur des Neubads erwies sich als Erfolg. Das Fest war eine lockere Begegnungsmöglichkeit, viele Familien mit kleinen Kindern prägten das Bild. Die Durchmischung mit der traditionellen Kundschaft des Neubads, sowie auch inhaltlich die Füllung des Neubad-Talks mit einem Thema, das die Verbindung zum 1. Mai schuf, sorgte für grossen Publikumsandrang und eine durchwegs angeregte Stimmung. Wenn nun in Zukunft noch der 1. Mai-Umzug wieder durchgeführt wird und wie geplant, mehr künstlerisch-gesellschaftliche Aktivitäten die Feierlichkeiten bereichern, kann der 1. Mai zu einem gefragten Kulturanlass der Linken in Luzern werden.

Ruth Bollinger
Redaktionsgruppe

WECHSEL IM KANTONSRAT

ALI GEHT, RAHEL KOMMT

**Verabschiedung Ali R. Celik als Kantonsrat**

Ali R. Celik hat sich entschlossen, in der Septembersession 2018 aus dem Kantonsrat zurückzutreten. Als Ausländer der ersten Generation war er seit seiner Ankunft im Kanton Luzern im Rahmen seiner Möglichkeiten politisch aktiv; so hat er sich über 30 Jahre für die Grünen und die Integrationspolitik eingesetzt. Er gehörte fünf Jahre dem Grossen Stadtrat Luzern an und politisiert nun seit zweieinhalb Jahre im Kantonsrat Luzern. Hier vertrat er die Grüne Fraktion in der EBKK (Bildungs- und Kulturkommission) und reichte etliche Vorstösse ein, um fairere Bedingungen für alle im Kanton Luzern lebenden Menschen zu erwirken.

Am 10. September wird sein letzter Arbeitstag im Kantonsrat sein. Kein Politiker im Kantonsrat hat eine solch vielfältige Lebensgeschichte. Und Ali hat nie aufgegeben, sondern hat mit allen Kräften für einen Kanton gekämpft, der seine Aufgaben fair und weit-sichtig wahrnimmt und sich nicht nur einseitig an den Finanzen orientiert. Er erinnerte immer wieder daran, dass die Politik in Luzern auch Auswirkungen hat für das weltweite Zusammenleben und Arbeiten und sie damit auch für die globale Umwelt mitverantwortlich ist. In diesem Sinne hat er sich für eine Nachhaltigkeitsstrategie bei der Luzerner Bildungspolitik eingesetzt und immer wieder mit Anfragen insistiert, sodass Alle sich der Auswirkungen bewusst wurden, welche Beitragskürzungen bei Stipendien, Kulturförderung und Asyl- und Flüchtlingsbetreuung auslösen. Niemand soll sagen können: Wenn wir das gewusst hätten, hätten wir anders entschieden. Ali war dieser Konjunktiv ein

Gräuel. Jedem Entscheid musste eine grundlegende Diskussion vorangehen.

Die Grüne Fraktion bedauert seinen Rücktritt sehr. Wir akzeptieren aber seinen Entscheid, sich nach der Pensionierung vermehrt anderen Projekten zu widmen. Wir wünschen Ali auf seinem weiteren Lebensweg alles Gute.

Am 11. September wird Rahel Estermann (31-jährig) in der Mitte des Kantonsratssaales neben der Ratsweiblin stehen und ihr Gelübde ablegen. Wer weiss, wohin die Karriere sie noch führen wird? Rahel beginnt ihre politische Laufbahn auf jeden Fall früh genug und hat das nötige Rüstzeug. Wir kennen sie alle als kompetente und zuverlässige politische Sekretärin, die in den letzten fast 10 Jahren in die politische Arbeit hineingewachsen ist. Die Grundlage dazu holte sie sich mit einem Bachelor in Politikwissenschaften und Soziologie der Uni Luzern, woran sie ihr Masterstudium in Soziologie und Medienwissenschaften an der Université Paris VIII (Vincennes-Saint-Denis) und der Uni Basel anschloss. Aktuell ist sie als Doktorandin an der Uni Luzern in einem Forschungsprojekt engagiert, welches sich mit den Herausforderungen von Big Data an die Soziologie beschäftigt. So wird sie sicherlich unsere Digitalisierungsfachfrau. Ihre Kompetenz kann sie nun in öffentlichen Voten im Rat beweisen. Ich bin zuversichtlich, dass sie sich auch hier Gehör verschafft und das Zeitungsrascheln und Flüstern verstummt, wenn sie das Wort ergreift. Geübt hat sie das genaue Zielen übrigens, indem sie im Handballklub Emmen Goals schoss.

Monique Frey
Kantonsrätin und Fraktionspräsidentin Grüne Luzern

WECHSEL IM GROSSEN STADTRAT

KATHARINA GEHT, MIRJAM KOMMT

Nun ist leider auch die Nachspielzeit abgelaufen. Nach 16 Jahren im Amt verlässt uns Katharina Hubacher und tritt aus dem Grossen Stadtrat zurück.

Katharina Hubacher ist eine politische Allrounderin, sie fühlte sich nicht nur auf den verschiedenen politischen Ebenen (Katharina war kantonale Co-Parteipräsidentin und ist Mitglied im Kantonalen Vorstand) zu Hause, Katharina bespielte auch eine breite Palette brennender Themen. So hat sie im Grossen Stadtrat Vorstösse zur sozialen Gerechtigkeit, städtischen Finanzpolitik, Integration, Kultur und immer wieder zu ökologischen Anliegen eingereicht. Ein schöner Erfolg ihrer politischen Karriere ist die Einführung des Bevölkerungsantrages, welcher auf eine Motion von Katharina zurückgeht. Mit dem Bevölkerungsantrag dürfen auch ausländische Luzernerinnen und Luzerner mit einer C-Bewilligung Anträge an das Stadtparlament unterschreiben.

In politischen Diskussionen machte ihr niemand so schnell etwas vor. Mit ihrer beruflichen Erfahrung in der Sozialberatung war Katharina in der Sozialpolitik argumentativ stark, da konnten ihr im Parlament nur wenige das Wasser reichen. Ihre Neugier und ihr Interesse für verschiedene Themen erlaubten es ihr, sich Wissen in verschiedenen Politikbereichen anzueignen und die Vorlagen in den breiten und richtigen Kontext zu setzen. Das zeigte sich auch in ihren vielen spontanen Voten, bei denen ihre Leidenschaft für die Politik und das Diskutieren in beeindruckender Art und Weise zum Ausdruck kam.

Katharina Hubacher war nicht nur ein Schwergewicht im Parlament, auch in der Fraktion hatte sie mit ihrer Erfahrung und ihrer guten Art eine tragende und vermittelnde Rolle. Auch von ihren Führungsqualitäten durfte die Stadt Luzern und auch die Grünen als Partei profitieren: Von 2004 bis 2011 war Katharina Hubacher Präsidentin der (damals noch parlamentarischen) Bürgerrechtskommission, im Jahr 2017/2018 präsidierte sie souverän den Grossen Stadtrat.

DANKE Katharina für deinen unermüdlichen Einsatz für die Grünen und für die Stadt Luzern! Die Zusammenarbeit mit dir in der Fraktion war für uns in jeder Hinsicht eine Bereicherung!

Als Nachfolge von Katharina Hubacher wird Mirjam Landwehr zur Fraktion stossen. Mirjam ist Architektin und Vorstandsmitglied des VCS-Luzern. Herzlich willkommen Mirjam!

Korintha Bärtsch
Grossstadträtin

VERABSCHIEDUNG

DANKE PHILIPPE FÜR DEINE ARBEIT UND DEIN ENGAGEMENT



Im Frühling 2016 hast du die Arbeit auf dem Sekretariat der Grünen Luzern aufgenommen. Du bist ins kalte Wasser gesprungen und in die grossen Fussstapfen deiner Vorgängerin Rahel Estermann getreten.

Das Sekretariat wartet täglich mit den verschiedensten Anforderungen auf die Mitarbeitenden. Keine angefangene Arbeit kann ohne Unterbrechung beendet werden. Es geht nicht lange, schon klingelt das Telefon. Kaum ist der Hörer aufgelegt, ertönt der Gong der Inbox und zeigt eine Mail von einem Vorstandsmitglied mit

Fragen, die nicht einfach so zu beantworten sind. Es braucht Abklärungen und die begonnene Arbeit muss trotzdem bald fertig sein. Du bist stets ruhig geblieben und hast eines nach dem anderen erledigt. Du hast viele Versammlungen organisiert und interessante Rundbriefartikel geschrieben, die einen anderen, neuen Blickwinkel einnahmen und gerne gelesen wurden.

Das Thema Naturschutz ist für dich eine Herzensangelegenheit, das war immer spürbar. Du hast dich mit grossem Engagement eingesetzt und niemals den Humor verloren. Du konntest auch über verfahrenere Situationen lachen. Wir durften dich als herzlichen und offenen Kollegen kennen und schätzen lernen.

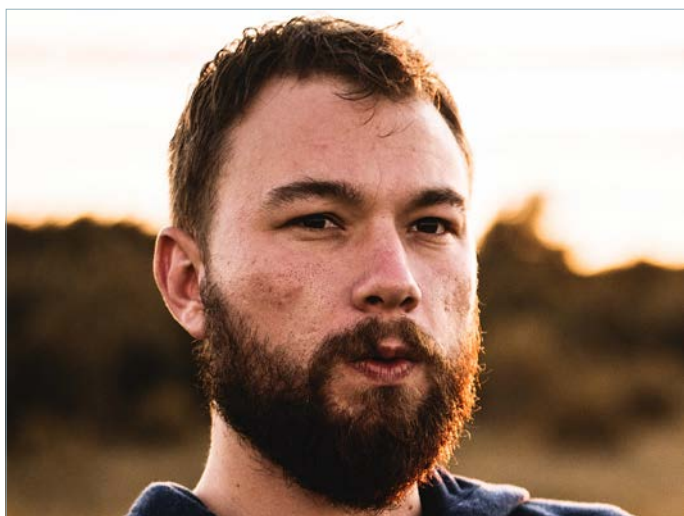
Täglich bist du mit dem Zug und deinem schönen Velo von Zürich nach Luzern gereist. Jetzt wirst du eine neue Herausforderung annehmen und sicher immer noch mit dem öffentlichen Verkehr und neu mit einem E-Bike unterwegs sein.

Lieber Philippe wir danken dir ganz herzlich für die vielen Stunden, das Herzblut und die Ideen, die Du für die Grünen Luzern eingesetzt hast. Wir wünschen Dir alles Gute und Freude am Leben auf dieser schönen Erde.

Präsidium Grüne Kanton Luzern

BEGRÜSSUNG

NEU IM SEKRETARIAT: GIAN WALDVOGEL



LIEBE GRÜNE

Es ist beinahe zwei Jahre her, als ich aus dem Vorstand der Grünen zurückgetreten bin, seither habe ich bei zentralplus als Journalist gearbeitet. In dieser lehrreichen Zeit habe ich meinen Heimatkanton noch besser

kennen gelernt. Ein Luzern, das voller engagierter, kreativer und passionierter Menschen ist. Doch ich habe auch Intransparenz und Inkompetenz gesehen. Es dominiert eine Regierung und mit ihr die bürgerliche Mehrheit die Politik. Eine Politik, welche den Vermögenden hofiert und mit Projekten wie der Spange Nord den Graben zwischen Stadt und Land vergrössert.

Es ist an der Zeit, nach Hause zu kommen. Eine umsichtiger, grünere Politik ist gefragt – dafür müssen wir gemeinsam kämpfen. In den Parlamenten, auf der Strasse und in der Nachbarschaft. Als Sekretär werde ich insbesondere die Ortsgruppe Luzern in administrativen und kommunikativen Belangen unterstützen. Hier helfen mir meine beruflichen Erfahrungen im Journalismus sowie im NGO-Bereich und das Studium als Kommunikationsfachmann. Nebenbei werde ich ein Masterstudium an der Universität Luzern in Angriff nehmen. Ich freue mich ausserordentlich auf die Zusammenarbeit.

Gian Waldvogel

VERABSCHIEDUNG

DANKE, LIEBER RAFFAEL

Seit langem ist Raffael Fischer für die grüne Politik engagiert. Ich weiss nicht einmal genau, seit wann er im kantonalen Vorstand dabei war. Er wurde schon mal aus dem Vorstand verabschiedet – und konnte es dann doch nicht lassen: voller «Drive» kehrte er zurück. Verantwortungsvoll übernahm er dann auch gleich das

Co-Präsidium. Ich kenne ihn besser als Co-Präsidenten denn als Vorstandsmitglied. Als engagierten, genauen «Schaffer», der mit seinen exakten Analysen und pointierten, aber dennoch kompromissbereiten Haltungen überzeugte, machte er sich einen Namen. So auch bei den Grünen Schweiz. Wenn es um Berechnungen, z.B. Sitzverteilungen in einem (internen) Gremium oder Wahlanalysen ging, wurde Raffael zugezogen.

Recherchen, inklusive Veröffentlichungen zu der Geschichte der Grünen, gehören ebenfalls zu seinem wichtigen Beitrag für unsere Anliegen.

Nun tritt Raffael aus dem kantonalen Vorstand zurück. Raffael, wir danken dir! Danke für deinen Einsatz und deinen «Biss». Schön, dass der Abschied nicht für alle Bereiche gilt – du kannst es wohl doch nicht lassen – zum Glück – denn du bleibst weiterhin nationaler Delegierter.

Katharina Meile
ehem. Kantonsrätin

BEGRÜSSUNGEN

WILLKOMMEN IM VORSTAND

Wir bekommen Verstärkung: neu sind Raoul Niederberger, Lukas Walther, Urban Frye und Michael Töngi in den kantonalen Vorstand gewählt worden. Raoul Niederberger kommt aus Kriens, ist seit 2016 Einwohnerrat und Präsident der Jungen Grünen Kriens. Dank Lukas Walther wird Sursee wieder im Vorstand vertreten sein. Er ist Teil einer jungen, sehr engagierten Truppe und wird mit seiner Wahl in den Vorstand unseren Kontakt in die zweitgrösste Stadt in Luzern stärken. Urban Frye wohnt in der Stadt Luzern, ist Kantonsrat und breit vernetzt. Michael Töngi, Kriens, kommt als Nationalrat zurück in den Vorstand. Er kennt die Vorstandsarbeit bereits aus langjähriger Erfahrung.

«Schön, dass ihr neu mit dabei seid und die Grünen Kanton Luzern durch eure Vorstandstätigkeit engagiert unterstützt». Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Katharina Meile
ehem. Kantonsrätin

AGENDA



AUGUST

Mittwoch, 22. August 2018, 18:00 Uhr
Hochschule Luzern

Politik – nicht nur etwas für harte Kerle.

Workshop von und für Frauen in der Politik

SEPTEMBER

Samstag, 1. September 2018, 09:00 Uhr, Theaterplatz
Standaktion «Fair-Food Initiative»

Mittwoch, 12. September 2018, 18:30 Uhr – auf Anfrage
Grillier-Abend der OG Sursee für alle!

Anmeldung und weitere Infos bei OG Präsident Samuel Zbinden: samuel.zbinden@gruene-sursee.ch

Dienstag, 18. September 2018, 19:00 Uhr
Herrenkeller, Pfistergasse 24, Luzern, 2. Stock
**Kantonale Mitgliederversammlung
und Nominationsversammlung Grüne
Regierungsrats-Kandidatin.**

OKTOBER

Montag, 15. Oktober 2018, 19:30 Uhr
Reformierte Kirche Sursee, kleiner Saal, Dägersteinstr. 3
Grüne Runde Sursee
(nähere Infos bei: samuel.zbinden@gruene-sursee.ch)

Montag, 22. Oktober 2018, 18:00 Uhr
Hello Welcome, Kauffmannweg 9, Luzern
Palaver «Ein bisschen Asyl».
Referat von Sandra Frei (Sozialarbeiterin FH)
und Publikums-Diskussion

NOVEMBER

Fr, 16.11.2018, 18:00 Uhr
Sentitreff
Dankbar
(Intern: Nur für Ehrenamtliche)

DEZEMBER

So, 16.12.2018, 12:00 Uhr – noch offen
**Nominationsversammlung Grüne Luzern für
Kantonsratswahlen 2019 Luzern**

PAROLEN

BUND

**Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich
und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»** JA

**Eidgenössische Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität.
Die Landwirtschaft betrifft uns alle.»** JA

Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege JA

KANTON

Volksinitiative «Für eine hohe Bildungsqualität im Kanton Luzern» JA

Volksinitiative «Vorwärts mit dem öffentlichen Verkehr» JA

STADT LUZERN

**Teilrevision Reglement für eine nachhaltige städtische Energie-,
Luftreinhalte- und Klimapolitik (Energierglement)** *JA

* Die endgültige Parole wird die städtische MV am 22. August beschliessen.

